

Auftaktveranstaltung „Energiewende an der Küste“

Task Force Energiewende, Umweltverbände sowie kommunale Spitzenverbände zu Koalitionsverhandlungen: Nationale Rolle Niedersachsens bei Energiewende berücksichtigen!

- Einigkeit über den Vorrang für erneuerbare Energien vor anderen Nutzungen
- Herausragende Bedeutung und Schutz der Nordsee sowie des Wattenmeeres für die Biodiversität
- Stärkere Beteiligung der Kommunen und BürgerInnen

In der Woche, in der in Berlin die Weichen für Klima- und Naturschutz sowie die Energiewende gestellt werden, haben sich im Gästehaus der Landesregierung die Vertreter der Task-Force Energiewende mit den Natur- und Umweltschutzverbänden sowie den kommunalen Spitzenverbänden getroffen. Niedersachsen hat durch seine Küste nationale Bedeutung für das Gelingen der Energiewende. Es geht um den vollständigen Ausstieg aus den fossilen Energien bis spätestens 2045 in Deutschland. Aufgrund der sich verschärfenden Klimakrise waren sich alle Beteiligten über den ambitionierten und schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien einig.

Gleichzeitig trägt Niedersachsen eine besondere Verantwortung für die Nordsee und das international bedeutsame UNESCO-Weltnaturerbegebiet Wattenmeer, was zusätzlich als Nationalpark und Biosphärenreservat geschützt ist. Die Gesundheit der Meere ist essentiell für den Klimaschutz und erfordert die Erhaltung und nötigenfalls Wiederherstellung der biologischen Vielfalt. Der Ausbau der Offshore-Windenergie in der Nordsee und die Netzanbindung durch das UNESCO-Weltnaturerbegebiet Wattenmeer müssen deshalb im Einklang mit dem Meeresschutz erfolgen. Die Biodiversität in der Nordsee und im Weltnaturerbe Wattenmeer muss bewahrt und mit zusätzlichen Maßnahmen gestärkt werden.

Die Weiterleitung des Stroms in die Lastzentren in West- und Süddeutschland durch die Küstenlandkreise bringt Belastungen für die Küstenkommunen und deren Menschen mit sich. Die Akzeptanz für den schnellen Umstieg auf erneuerbare Energien muss bei den Bürgerinnen erhalten bleiben. Dazu gehört eine faire Verteilung der Lasten und Wertschöpfung der Energiewende, für die Regionen, die von Netzanbindung, Leitungstrassen und der dazugehörigen Infrastrukturen besonders stark betroffen sind.

Die Küste ist bereit für die Energiewende. Sie wird dann gelingen, wenn gleichzeitig die globale Bedeutung des Küsten- und Wattenmeeres für die Biodiversität, den Klimaschutz und für den naturverträglichen Tourismus dauerhaft erhalten bleibt. Die Menschen an der Küste müssen an der Wertschöpfung besser beteiligt werden, damit die Akzeptanz erhalten bleibt.

Folgende Forderungen an die Koalitionsverhandlungen in Berlin werden gestellt:

- Wie für Windräder an Land sollte auch für Energieinfrastrukturen für Strom und Wasserstoff eine **Gewerbsteuerzerlegung** erfolgen, damit viel Wertschöpfung in den Regionen bleibt, wo die Energiewende stattfindet

- Schaffung von Rahmenbedingungen für **Wertschöpfung und Teilhabe in den stark belasteten Kommunen** wie beim Wind-an-Land-Gesetz mit einer Akzeptanzabgabe auch für die Belastung durch Netze für Strom und Wasserstoff sowie Netzinfrastruktur

- Bestehende **Belastungen** und zusätzliche **Eingriffe in Nordsee und Wattenmeer müssen in der Summe, also kumulativ bewertet werden.** Technische und räumliche **Alternativen sind sorgfältig zu prüfen** und alle Möglichkeiten zu nutzen, um **Schäden zu vermeiden und zu reduzieren.** Ein schrittweiser Ausbau muss durch ein **Monitoring** begleitet werden. Geeignete **Ausgleichs- oder Kohärenzflächen** müssen langfristig in ihrer Funktion für den Natur- und Meeresschutz gesichert werden.

- Um die wertvollen Ökosysteme der Nordsee und des Wattenmeers zu bewahren, müssen **bestehende Beeinträchtigungen** reduziert und **zusätzliche Naturschutzmaßnahmen** aus den Offshore-Mitteln, dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz sowie weiteren Mitteln für den Meeresnaturschutz durchgeführt werden. Ein Ausbau von Offshore-Windanlagen in Meeresschutzgebiete ist auszuschließen.

- Wenn die Küste den Hauptschwerpunkt der nationalen Energiewende trägt, muss dies auch bei einer **fairen Verteilung der Netzausbaukosten und Strompreise** berücksichtigt werden. Da wo der günstige EE-Strom erzeugt wird, angelandet wird und in die Netze eingespeist wird, müssen die Strompreise für Haushalte und Wirtschaft besonders stark sinken, damit auch gerade im Nordwesten sich klimafreundliche, energieintensive Industrien ansiedeln können und die Bürgerinnen und Bürger vor Ort auch von den Leistungen für die nationale Energiewende profitieren

- **Beibehaltung des Erdkabelvorrangs** beim Netzausbau zur Erhaltung der Akzeptanz

- Intensive Kommunikation, offener Dialog und **Beteiligung** aller betroffenen Kommunen von der Gemeindeebene bis zu den Landkreisen, von Umweltverbänden und Bürgerinnen und Bürgern bei den Vorhaben zur Energiewende und zur Gestaltung von Trassen und Netzinfrastruktur.